



Wer wählt AfD? / picture alliance/dpa | Karl-Josef Hildenbrand

Wieso Migranten zur AfD tendieren

„Einige wollen deutscher als die Deutschen erscheinen“

AfD – „Ausländer für Deutschland“, so geht ein unter Deutsch-Türken populärer Witz. Immer mehr Migranten tendieren zur AfD. Der gemeinsame Nenner, sagt der Psychologe Jan Kizilhan, sind politisch-religiöse Traumata, Abstiegsängste und der Wunsch nach Anerkennung.

INTERVIEW MIT JAN KIZILHAN am 11. Juli 2025

Professor Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan ist Psychologe, Psychotherapeut, Orientalist und Autor. Er ist Direktor des Instituts für transkulturelle Gesundheitsforschung der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Stuttgart sowie Leiter der Transkulturellen psychosomatischen Abteilung der MediClin-Klinik Donaueschingen. Kizilhan hat zur transkulturellen Psychotherapie und Migration sowie zum islamisierten Terror geforscht und publiziert. 2024 erschien sein Werk „Gewalt im Namen der Ehre. Die Psychologie hinter Ehre, Sexualität, Religion und Terror“ im Europa Verlag.

Herr Kizilhan, laut einer DeZim-Studie haben rund 13 Prozent der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund. Von diesen können sich aktuell 21,6 Prozent vorstellen, die AfD zu wählen. Unter diesen Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund sind die Werte je nach Herkunftsregion

unterschiedlich ausgeprägt: Befragte mit „Bezügen zu EU Ländern“ (17,6 Prozent) und MENA/Türkei (19,7 Prozent) würden seltener die AfD wählen. Höhere Werte finden sich bei Personen mit „Bezügen zur ehemaligen Sowjetunion“ (29,2 Prozent). Überraschen Sie diese Zahlen?

Die Zahlen überraschen mich nur bedingt. Sie spiegeln zum einen die wachsende Heterogenität der migrantischen Population wider und zum anderen die Logik sozialer Vergleichsprozesse: Wer sich – etwa als Russlanddeutscher – kulturell „näher“ an einer vermeintlichen Mehrheitsnorm verortet, fühlt sich durch migrationskritische Botschaften weniger direkt angegriffen und ist daher eher offen für die AfD. Diese Gruppe erlebt sich häufig als „schon längst angekommen“ und sieht in neuer Zuwanderung eine Konkurrenz um Status und Ressourcen, was die DeZim-Daten gut abbilden. Einfach formuliert bedeutet das, dass geglaubt wird – und die AfD suggeriert es über ihre sozialen Medien –, neue Zuwanderer würden ihnen Jobs oder Wohnungen wegnehmen. In der Psychologie nennt man das sozialen Vergleich: Man schaut, wo man selbst steht und wie neu Hinzukommende die eigene Position verändern könnten.

Dieselbe Studie sagt zudem, dass vor allem bei den Themen Migration (24,7 Prozent) und Wirtschaft/Inflation (31,2 Prozent) Menschen mit Migrationshintergrund deutlich häufiger als Menschen ohne Migrationshintergrund (11,4 Prozent bzw. 23,9 Prozent) denken, dass keine der im Bundestag vertretenen Parteien Lösungen bietet. Lässt sich daraus der Schluss ziehen, dass Migranten empfänglicher sind für die Botschaften populistischer Parteien?

Skepsis gegenüber der Problemlösungskompetenz etablierter Parteien kann durchaus in populistische Resonanz münden. Populismus lebt davon, komplexe Fragen – Inflation, Migration – in moralische Kategorien von „Volk“ versus „Eliten“ zu übersetzen. So entsteht ein „Angebot-Nachfrage-Match“: Auf der Angebotsseite liefert die AfD einfache Antworten, auf der Nachfrageseite suchen Menschen, die sich politisch heimatlos fühlen, nach Klarheit und Repräsentation. Sozialpsychologisch gesprochen erhöht ein niedriges Gefühl politischer Selbstwirksamkeit die Attraktivität radikaler Parteien, die „Handlungsfähigkeit“ versprechen. Es bedeutet für einige Migranten, dass, wenn ich mich politisch machtlos fühle, schnelle Lösungen verlockend klingen – und populistische Parteien wie die AfD genau dies versprechen, auch wenn es faktisch nicht stimmt.

Lesen Sie auch



Deradikalisierung von Parteien

Gärige Haufen von den Grünen zur AfD

Aktuell wird darüber diskutiert, die AfD zu verbieten. Der Verfassungsschutz hat die gesamte Partei zunächst als rechtsextrem eingestuft. Wie erklären Sie sich, dass trotzdem Menschen mit Migrationshintergrund eine solche Partei wählen – oder sogar für sie kandidieren?

Dass Migranten eine Partei wählen, die vom Verfassungsschutz teilweise als rechtsextrem eingestuft wird, erklärt sich auf mehreren Ebenen: Erstens aus relativer Deprivation – der Sorge, neu Ankommende könnten mühsam erreichte Teilhabe gefährden. Zweitens aus Identifikation mit dem Aggressor – einem psychoanalytischen Abwehrmechanismus, der bei traumatisierten Personen auftreten kann, wenn sie sich mit der als mächtig erlebten Mehrheitskultur identifizieren, um eigenes Ohnmachtsgefühl zu reduzieren. Drittens spielt Über-Assimilation eine Rolle: Einige wollen „deutscher

als die Deutschen“ erscheinen und übernehmen deshalb besonders stark migrationskritische Positionen – bis hin zu rassistischen Denkmustern über die eigene Herkunftskultur. Hier wirkt die Opfer-/Täter-Dynamik: Wer sich früher als Opfer erlebte, wechselt mitunter in die Täter Haltung, um Kontrolle zurückzugewinnen oder nicht weiter als Minderheit wahrgenommen zu werden.

Heißt das, dass es besonders innerhalb ihrer Herkunftskultur Traumatisierte in die AfD zieht?

Traumatisierung stellt nur einen möglichen Risikofaktor dar, weshalb einige Migranten die AfD wählen. Forschung und Praxis zeigen jedoch zugleich, dass demokratische Teilhabe und Anerkennung für die Mehrheit traumatisierter Migranten wirksame Schutzfaktoren bleiben; daher entscheidet sich der Großteil von ihnen gegen die AfD. Ausschlaggebend ist vielmehr, dass manche Geflüchtete erleben, wie etablierte Parteien gerade jene religiösen oder politischen Gruppen hofieren, vor denen sie einst geflohen sind. Sie empfinden das als erneute Entmachtung und sehen in der AfD einen Gegenpol, der verspricht, diese „Unterdrücker“ – etwa islamistische Akteure – zu bekämpfen. Trifft dieses Gefühl der Nicht-Repräsentation auf fortbestehende Angst und Statusunsicherheit, kann Trauma zum Risikofaktor werden, der einzelne Migranten an eine Partei bindet, deren migrationsfeindliche Rhetorik sie paradoxerweise nicht als Bedrohung für sich selbst wahrnehmen.

Das erklärt auch teilweise, dass sich auch Angehörige von „Minderheiten innerhalb der Minderheiten“ – wie Ex Muslime, säkulare Aleviten, kurdische oder postsowjetische Migranten – von AfD-Botschaften angesprochen fühlen. Oftmals also Angehörige von Gruppen, die aus Autokratien in den Westen flohen. Wieso finden gerade diese Menschen, die als verfolgte Minderheiten in der liberalen westlichen Demokratie einen Schutz vor Verfolgung fanden, die AfD so attraktiv?

„Minderheiten innerhalb der Minderheiten“ reagieren häufig auf spezifische Bedrohungserfahrungen im Herkunftskontext. Wer autoritäre Regime oder religiösen Zwang erlebt hat, entwickelt gelegentlich ein starkes Bedürfnis nach kultureller Abgrenzung. Die AfD bietet narrative Anknüpfungspunkte, weil sie den Islam oder „Linkseliten“ als vermeintliche Gefahr markiert. So kann eine Partei, die den „politischen Islam“ pauschal angreift, plötzlich attraktiv wirken, selbst wenn sie generell migrationsfeindlich ist. Sozialpsychologisch entspricht das einer negativen Bezugsgruppenbildung: Die eigene Identität wird gestärkt, indem man sich von der alten Mehrheitsgruppe absetzt.

Lesen Sie auch

 **Jahresbericht des Verfassungsschutzes**

Seismograph für eine hysterisch gewordene Gesellschaft

Diese Aussagen stammen von AfD-Funktionären: „Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt.“ – Björn Höcke, AfD. „Das Pack erschießen oder zurück nach Afrika prügeln.“ – Dieter Görnert, AfD. Trotz dieser offenkundig rassistischen Aussagen engagieren sich Menschen mit Migrationshintergrund in der AfD oder haben gar aus der AfD heraus in Hessen den Verein „Mit Migrationshintergrund für Deutschland“ gegründet. Für Außenstehende macht das wenig Sinn ...

Das Engagement einzelner Menschen afrikanischer Herkunft trotz offen rassistischer Äußerungen lässt sich mit dem Konzept des Tokenismus erklären: Die Partei präsentiert Ausnahmen, um den Vorwurf der Diskriminierung abzuwehren, während die Betroffenen im Gegenzug eine Bühne und symbolisches Kapital erhalten. Für die Einzelnen kann dies ein Weg sein, Diskriminierungserfahrungen durch Aufwertung im politischen Raum zu kompensieren – eine Form der kognitiven Dissonanzreduktion. Die AfD nutzt diese Bilder in ihren Social-Media-Formaten gezielt. Auch hier wechseln manche von der Opfer- in die Täterrolle: „Ich bin jetzt Teil der Macht, nicht mehr Ziel der Angriffe.“

Neben dem Konzept „Tokenismus“ dominieren zudem bei vielen Migranten Abstiegsängste. Macht sie das anfällig für Rechtspopulismus?

Angst vor sozialem Abstieg ist ein starker Prädiktor für rechtspopulistisches Wahlverhalten. In der Realistic Group Conflict Theory wird dies als Nullsummenwahrnehmung beschrieben: Jede neue Gruppe wird als Bedrohung des eigenen Wohlstands gedeutet. Wenn Ressourcen knapp scheinen, sieht man andere Gruppen als Konkurrenz. Wer sich selbst nicht mehr als „Migrant“, sondern als „etablierter Bürger“ erlebt, will seinen Platz verteidigen – und findet in der AfD eine Partei, die genau das verspricht. Viele Migranten definieren ihre Identität mittlerweile primär über Beruf, Wohneigentum oder Kindererfolg – nicht mehr über Herkunft. Wenn diese Zugehörigkeit infrage steht, wird die AfD zur Projektionsfläche für Statusverteidigung, unabhängig vom eigenen Migrationshintergrund.

Neben Traumatisierungen und sozialen Abstiegsängsten sind es auch andere Faktoren, die liberale Migranten zur AfD treibt. Viele werfen etablierten Parteien vor, dass sie und ihre Vereine viele Jahre von diesen ignoriert wurden. Klassischerweise wurden oft Moscheevereine oder konservative Migrantenorganisationen als Dialogpartner bevorzugt.

Ein schwerwiegender politischer Fehler. Dass etablierte Parteien jahrzehntelang vor allem konservative Moscheevereine als Dialogpartner hofierten, hat paradoxerweise säkulare und liberal muslimische Milieus entfremdet. Sie erlebten politische Nicht-Repräsentation und teilweise auch Verrat an ihren Fluchterfahrungen. Viele liberale Migranten denken: „Ihr redet nur mit denjenigen, vor denen wir geflohen sind.“ Diese Repräsentationslücke füllt die AfD, indem sie sich als Schutzmacht gegen Islamismus präsentiert.

In Social Media tritt die AfD gezielt mit sympathischen migrantischen Gesichtern auf – junge Paare wie die pakistanischstämmige Mary Fatima Khan Hohloch und Dennis Hohloch geben sich modern und volksnah. Wie wirksam ist diese Strategie aus psychologischer Sicht?

Psychologisch funktioniert das Social-Media-Marketing mit „sympathischen migrantischen Gesichtern“ über den Messenger-Effekt: Botschaften sind glaubwürdiger, wenn sie von einer Person kommen, die der Zielgruppe ähnelt. Algorithmen verstärken das, weil emotionale, identitätsbasierte Inhalte besonders viral gehen. Studien zeigen, dass AfD-Accounts auf TikTok Reichweitenvorteile von bis zu 40 Prozent gegenüber Mitte-Parteien erzielen. Kurzfristig kann das Stereotyp des „Feindes der Migration“ so abgeschwächt werden; langfristig bleibt jedoch die Diskrepanz zwischen Inszenierung und Programm bestehen.

Lesen Sie auch



Staatsrechtler Murswiek über Pläne, der AfD Geld für Mitarbeiter zu streichen

„Die Begründung klingt geradezu höhnisch“

Wie erklären Sie sich das paradoxe Phänomen, dass manche jüdische oder muslimische Aktivisten – trotz der Remigrationsbestrebungen und offen rassistischer Aussagen einiger AfD-Politiker – dort aktiv bleiben? Ist das „Tokenismus“, Selbstverleugnung oder eine Folge politischer Traumatisierungen?

Jüdische oder muslimische Aktivisten in der AfD folgen oft einer strategischen Machtanpassung: Sie hoffen, in einer wachsenden Kraft Einfluss nehmen zu können, getrieben von Entfremdungserfahrungen gegenüber etablierten Parteien. Zugleich wirkt bisweilen ein Moment der Selbstverleugnung: Die

Abwertung des eigenen Minderheitenstatus reduziert die Angst vor erneuter Ausgrenzung. Sozialpsychologisch ist das ein Coping-Mechanismus, der jedoch langfristig zu inneren Konflikten führen kann, wenn rassistische Exklusionsnarrative in der Partei dominieren.

Was raten Sie etablierten bürgerlichen Parteien? Wie können Sie das Vertrauen migrantischer Wähler zurückgewinnen und den wahlberechtigten migrantischen Mitbürgern das Gefühl geben, dass die liberale Demokratie gerade für sie attraktiver ist als die „Alternative“, die ihnen die AfD bieten würde?

Wir brauchen mehr migrantische Vertreter mit echter Teilhabe statt Schaufenster-Diversität. Aktuell haben nur rund 12 Prozent der Bundestagsabgeordneten einen Migrationshintergrund, obwohl 30 Prozent der Bevölkerung und 14 Prozent der Wahlberechtigten dazu gehören. Diese Repräsentationslücke wird von vielen Betroffenen als strukturelle Ausgrenzung erlebt und nährt die Opferhaltung. Gleichzeitig brauchen Migranten wie alle Bürger soziale Sicherheit, ausreichenden Wohnraum, Bildungschancen und fairen Zugang zum Arbeitsmarkt. Neue Dialogformate – insbesondere im digitalen Raum – können dazu beitragen, das Gefühl politischer Ohnmacht in aktive Teilhabe zu transformieren.

Das Gespräch führte Ilgin Seren Evisen.

Lesen Sie auch

 **Gegen-„Gutachten“ der AfD**

Wie verfassungsfeindlich wäre demnach die Union?

Mehr lesen über

AfD

Migration

Antisemitismus

wahlen

Diskutieren Sie mit ▼

INNENPOLITIK

Haßelmann missbraucht eine Katastrophe für das grüne Narrativ

Das Ziel: Die Selbsterniedrigung der CDU

Wie ein Innenminister sich verrennt

AUSSENPOLITIK

Deutschland ist unfähig zur Weltpolitik

„Wir fordern ein klares Bekenntnis von Deutschland“

Die Kirchen und der „ehrbare“ Antisemitismus

WIRTSCHAFT

Billionenschulden und Staatsbankrott für Klima-Transfers?

Klingbeils Werk und Merzens Beitrag

Milliardengrab Northvolt: Bundesrechnungshof erhebt schwere Vorwürfe

KULTUR

Wer ist schuld an den jüngsten Eskalationen im Israel-Palästina-Konflikt?

Bischöfe stoppen Queer-Papier für Schulen

Über die Zerstörung schwulen Lebens

PODCASTS

Cicero Podcast Wirtschaft: „Die Politik wird zum Risiko für unsere Wirtschaft“

Cicero Podcast Gesellschaft: „Die Grenzen des Diskurses sind enger gezogen worden“

„Treibstoff“-Podcast: „Erlaubt ist, was gefällt“

CICERO +

Von Mecklenburg nach Kärnten

Annalena Baerbocks feministischer Glashaus-Moment

Jens Hanefeld: Heimspiel in Washington